

# Die neueste Schwenkung im Osten.

Nach einer matten, gänzlich eindrucklosen Rede errang sich Staatssekretär v. Kühlmann heute im Reichstag allgemeine Aufmerksamkeit und lebhaften Beifall, als er den neuen Friedensentwurf aus Petersburg mitteilte, wonach sich der Rat der Volkskommissare bereit erklärt, die Breiter Bedingungen der Mittelmächte anzunehmen. Das Friedensbarometer im Osten steht plötzlich wieder auf schönem Wetter. Aber die ganze Friedenswörterstimmung hat sich bisher als höchst unbedeutend erwiesen.

Wie war es doch? Es ist gut, einmal ein Stück Weg zurückzulaufen. Als Mitte November die Bolschewiki ihren Aufruf zu sofortigen Friedensverhandlungen erließen, unmittelbar nachdem sie zur Nacht gekommen, war alles überzeugt, daß der Friede mindestens im Osten vor der Tür stünde. Die allgemeine Friedenssehnsucht wuchs, als die ersten bolschewistischen Friedensparlamentäre vor den deutschen Fronten erschienen. Leutnant Schaur, der später von den Bolschewiki zum Oberst befördert, als alter zaristischer Leutnant entlassen wurde und seitdem in der Peter-Pauls-Festung sitzt, erhielt den höchsten Posten ohne Schwierigkeiten bewilligt. Die Aufregung der öffentlichen Meinung und die Unruhe im alldeutschen Lager nahm weiter zu, als die Unterhändler in Brest-Litowsk zum Friedensvertrag zusammentraten und allen kriegführenden Staaten eine zehntägige Frist zur Teilnahme an den Verhandlungen stellten.

Kühlmanns Erklärung vom 25. Dezember über die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker wurde trotzdem jubelnd aufgenommen. Um so tiefer war die Enttäuschung über die nachfolgenden Erklärungen vom 27. Dezember, die zeigen, in welcher Weise Deutschland dieses Selbstbestimmungsrecht verwirklicht sehen wollte. Ein großer Teil der öffentlichen Meinung glaubte alles verloren und geriet in bestige Erregung gegen die deutsche Regierung, die sich später besonders auf den General Hoffmann zuhielt. Die Forderungen der Petersburger Telegramm-Agentur, die es so darstellte, als hätten die russischen Unterhändler die deutschen Bedingungen sofort für unannehmbar erklärt, gossen Öl ins Feuer. Man verweigerte am Friedensschluß und noch die ganze Schuld den Mittelmächten bei.

Inzwischen verloren die Bolschewiki viel von ihrem Ansehen. Sie lösten mit Gewalt die konstituierende Nationalversammlung und den demokratischen estnischen Landtag auf und unterdrückten alle Rettungen gegnerischer Richtung, fertigten alle feindseligen Politiker ein und enthüllten immer offener ihr Programm der internationalen sozialen Revolution. Gleichzeitig nahmen die Verhandlungen mit der ukrainischen Rada erfolgversprechenden Fortgang. Als der „Brotfriede“ mit der Ukraine zustande kam, nahm ihn die öffentliche Meinung günstig auf. Die Kritiker an diesem Vertragswerk wurden besonders ins Unrecht geacht, als es kurz darauf hieß, auch Rußland habe den Kriegszustand nunmehr beendet und die allgemeine Vereresentlassung angeordnet.

Aber aus dem Himmel der Friedenssehner mit Föhnwind und Glockenläuten fürte man tief herab in die Hölle der Kriegshetze. Riew, Helfingors und Ibo wurden von den roten Gardien erobert, der ganze künstliche Friedensbau im Osten schien zusammenzusinken. Aus Livland und Estland kamen Hilfsheere, und die Alldeutschen führten nach neuem Hoffgang. Und schon war auch an der Ostfront der Waffenstillstand beendet, und die deutschen Heere — nicht aber die österreichisch-ungarischen — marschierten. Die Polen lobten vor Wut über die Begünstigung der Ukrainer auf ihre Kosten. Graf Gernin, der sich eben noch im Triumphzug vom Bahnhofs hatte abholen lassen, bekam böse Worte zu hören, und Kühlmann hatte auf seinen freundlichen Empfang im Reichstag zu rechnen. Aber heute hängt schon wieder der Himmel voller Wolken. Kühlmann selbst ist allerdings vorzüglicher geworden und hat vor überbläulichem Hoffnungen gewarnt.

Mit vollem Recht! Sollen die ärgsten Enttäuschungen vermieden werden, ist die rubigste Aufnahme der neuen russischen Friedensbereitschaft-Erklärung dringend geboten. Der Rat der Volkskommissare verspricht Unterzeichnung des Friedens unter den Bedingungen, die die Vertreter der Mittelmächte in Brest gestellt haben und sofortige Antwort auf die genauen Bedingungen der deutschen Regierung. Diese Bedingungen sind in der vorletzten Sitzung vom 9. Februar folgendermaßen formuliert worden:

„Rußland nimmt Kenntnis von folgenden territorialen Veränderungen, die mit der Ratifikation des gegenwärtigen Friedensvertrages eintreten: Die Gebiete zwischen dem Westrande Deutschlands und Osterrusslands und einer Linie, die ... bestimmt werden der territorialen Oberhoheit Rußlands nicht mehr unterliegen. Aus ihrer ehemaligen Anwartschaft zum russischen Reich werden ihnen keinerlei Verpflichtungen gegenüber erwachsen. Das förmliche Schicksal dieser Gebiete wird in dieser Beziehung im Einklange mit ihren Vätern entschieden werden, und zwar nach Rücksicht der Vereinbarungen, die Deutschland aber Osterrussland-England mit ihnen treffen werden.“

Der Verlust dieser Schmittlinie ist in der Konferenz näher bezeichnet worden. Es ist anzunehmen, daß sie Litauen, Rußland, einen Teil Estlands und Polens von Rußland abschneidet, aber nicht die Ukraine, von der damals Graf Gernin noch sagte, ihr Verhältnis zur Petersburger Regierung gebe den Vierbund nichts an. Ueber diese ukrainische Frage müßten sich die Mittelmächte mit der Petersburger Regierung rath einigen, wenn dort nicht unerwartete Werte sinnlos zerstört werden sollen: Zurückziehung der bolschewistischen wie der Truppen der Mittelmächte! Dem Chor der Erobererblätter aber, die ob des militärischen Spoziergangs im Osten kindische Friedensausbrüche von sich geben, brechen wir jedes Recht ab, den bolschewistischen Friedenswillen in Zweifel zu ziehen.

## Oesterreich und der Vormarsch.

Wien, 20. Februar. Aus dem k. u. k. Kriegspressquartier erfahren wir: Der Rat der Volkskommissare hat die von den Vierbundmächten in Brest-Litowsk aufgestellten Friedensbedingungen ohne jedweden Vorbehalt angenommen. Die hiermit erzielte neue Wendung im Osten ist ausschließlich dem ohne Högern erfolgten militärischen Vorgehen gegen die großrussische Republik zu danken. Es ist selbstverständlich, daß diese militärische Aktion, die bisher an den Fronten unternommen wurde, aus dem Einkommen der beiden Mittelmächte begründet war. Wenn bisher nur das Vorgehen deutscher Armeen gemeldet wurde, so ergibt sich dies aus der Tatsache, daß das Schwere-

gewicht der österreichisch-ungarischen Streitkräfte auf dem südlichen Teil der Front liegt. Rüdlich des Bripic stehen nur deutsche Truppen, auch beiderseits der Vohn Kowal-Roman waren zur Stunde des Einrückens nur deutsche Verbände zur Verfügung. Ein Eingreifen unserer Truppen hängt lediglich von der örtlichen Lage und der Strategiegruppierung ab.

## Bestätigung in Paris.

Genf, 21. Februar. Die Nachricht von der völligen Ratifikation der großrussischen Regierung hat in Paris große Bestürzung erregt. Man zweifelte nicht, daß die Maximalisten durch ihren Widerstand die deutsche Regierung und Deeresleitung zwingen würden, Maßregeln militärischer und Deeresleitung gegen Rußland in großer Stärke nach Rußland die Deutschen daher große Truppenverbände nach Rußland schicken müßten. Es wird nicht beabsichtigt, mit Rußland sämtliche Beziehungen abzubrechen. Clemenceau ist gewillt, den französischen Vorkämpfer aus Petersburg abzugeben vor, um ihn, wenn möglich, von seinem Vorgehen abzuhalten. Clemenceau hat jedoch den Sozialisten einen ablehnenden Bescheid erteilt.

## Die Reichstagsdebatte über die Ostfragen

wurde vom Staatssekretär v. Kühlmann mit einer kurzen Empfehlung des Friedensvertrags mit der ukrainischen Zentralrada eingeleitet. Mehr als das aber interessierte das Haus seine Mitteilung von dem Ausspruch der russischen Volkskommissare. Auf das öffentliche Kapitel ging Senoffe Dr. David sehr gründlich ein. Er untersuchte die Haltung der Bolschewiki zur Friedensfrage und stellte mit der notwendigen Entschiedenheit fest, daß Trotzki und seine Leute nicht etwa von heute auf morgen umgewandelt sind, sondern daß die berühmte Erklärung der Zentralrada keineswegs unterschätzt werden darf. Allerdings zwei Seiten wohnen in der Brust der Bolschewiki: die eine will der Welt möglichst schnell den Frieden geben, die andere aber hält mit kommunistischen Organen fest an der Forderung auf die internationale proletarische Revolution. Aber darum bleibt doch die unbedingte Friedensbereitschaft der Bolschewiki ungetrübt und kann durch nichts hinwegdiskutiert werden. Außer diesem Nachweis beschäftigte sich Dr. David auch mit den Vorgängen in den russischen Konventionen, die zum großen Teil soziale Revolutionen sind, in die mit und ebenso wenig einmischen sollen, wie in die ukrainischen Verhältnisse. Selbstverständlich findet der Friedensvertrag unsere Billigung; ebenso wie der Zentralrader Erdrer hätte aber auch David gewünscht, daß man den Holm-Berger durch rechtzeitige Dezentralisierung polnischer Vertreter zur Festlegung der Ukraineverträge demüthigte.

Herr Schäfer hat sich übrigens auch mit bemerkenswerter Beutlichkeit dahingegen verhalten, daß auf dem ersten Friedensvertrag in diesem Kriege neben den Vertretern des Deutschen Reiches auch ein Vertreter der christlichen Heresieleitung sich verweigert hat. Bisher war man der Meinung, daß die auswärtige Politik Sache der Zivilregierung sei und demnach hat der Kaiser den Reichskanzler ernannt, der Frieden zu schließen, der wiederum den Herrn v. Kühlmann allein dazu entsendet hatte. Auch der Reichskanzler Bode fand diese Angelegenheit bedenklich, während der Nationalliberale Stresemann sie als eine belanglose Formalität ansah.

Hatte David großes Gewicht darauf gelegt, daß die dringende notwendige Verhandlung im Osten nicht durch offizielle Methoden herbeigeführt werden könne, so erklärte sich auch Bode bestimmt gegen Annexionen, und sogar Stresemann will sie nur hinzunehmen, wenn sie zur strategischen Sicherung unerlässlich seien. — Zusammen eine Würdigung.

Den polnischen Protest wegen Holm trat der Abg. Dr. Schöna temperamental ob vor. Stresemann fand mit seinen Anordnungen sogar auf der Erde Welt und Handlungsfeld. Ledebours erklärte für die Unabhängigen, daß sie den Friedensvertrag ablehnen, weil er das Selbstbestimmungsrecht der Völker verletze. Dann hielt der alte Polenfürst Radziwoll noch eine Klage, und schließlich wurde der Friedensvertrag dem Hauptausdruck übergeben.

## Russische Gerüchte und Nachrichten.

Das Kopenhagener Blatt Politiken meldet aus Warschau: „Ein kühnliches Gerücht, das jedoch noch nicht bestätigt ist, besagt, daß die bolschewistische Regierung in Petersburg von den Sozialrevolutionären unter Tschernom gefürzt wurde. Lenin und Trotzki sollen nach Warschau geschickt sein.“ — Da die bolschewistische Regierung gestern noch das Friedenstelegramm nach Berlin senden konnte, ist die obige Nachricht unglaubwürdig, wenn es auch in Warschau so kommen kann, wie in dem dänischen Gerücht gerannt wird.

Nach Meldungen aus Hebal sind die bolschewistischen Truppen in Estland von den Sowjets der Arbeiter und Soldaten für außerhalb des Gesetzes erklärt und verhaftet worden. Nach einer Depesche machte der Volksbeauftragte für Justiz den Sowjet von Hebal darauf aufmerksam, daß es nicht zulässig sei, einen ganzen Stand ohne Prüfung der persönlichen Vergehen außerhalb des Gesetzes zu stellen.

Die Lage auf Island hat sich in den letzten Tagen immer härter entwickelt. Die Stockholms Dagblad vom Marineminister erzählt, ist besonders durch die Ankunft von 300 weißen Gardisten eine wesentliche Bänderung eingetreten, da diese der Bevölkerung im Lande nicht sehr willkommen sind und an Stärke hinter den Russen zurückstehen. Auch sind durch ihr Erscheinen angelockt, rote Gardisten eingetroffen. Es befinden sich also vier verschiedene Parteien auf der Insel: 1. russische Truppen, 2. Weiße Gardisten, 3. Rote Gardisten, 4. die Schweden, die gleichfalls durch Truppen verstärkt worden sind. Außerdem nimmt auch der Vertreter der bolschewistischen Regierung in Stockholm an den Verhandlungen teil. Die schwedische Mission steht in telegraphischer Verbindung mit der finnischen Gesandtschaft in Stockholm. Gleichfalls nach Stockholms Dagblad dauern die Feindlichkeiten zwischen Weißen Gardisten und russischen Soldaten fort, dabei geben letztere den kühneren, da die Russen von den Bolschewiki auf Island die ganze Insel beherrschen können.

Aus Petersburg wird dem Korrespondenten der Telegramm Union berichtet: „Der Hofen von Jalta (Armen) ist von russischen Matrosen gänzlich ausgeplündert worden. Die Matrosen drangen in die Stadt ein und plünderten einen Laden nach dem andern. Die Miliz wurde übermüht. Gegen

100 Personen verloren dabei ihr Leben. Die Matrosen wurden von einem in der Nähe des Hafens stehenden Kreuzer unter Feuer genommen, von dem Granaten auf die Stadt abgefeuert wurden. Die geraubten Gegenstände wurden auf den Kreuzer gebracht. Das Schiff verließ den Hafen nach zwei Tagen.“

Auf Veranlassung der Begner der Volkskommissare in Odessa hat dort, laut Zelunion, nachdem die Stunde von dem Abbruch der Friedensverhandlungen eingelautet war, eine große Friedenskundgebung stattgefunden, an der sich die ganze Garnison und die Arbeiter mit Frauen und Kindern beteiligten hatten. Die heranziehende vieltausendköpfige Menge drohte die Petersburger Regierung und tobte bis spät in die Nacht. Verschiedene Volkskommissare wurden schwer mißhandelt. Verschiedene, die sich den Demonstranten angeschlossen, gaben das Zeichen zu Mord und Raub, so daß die Kundgebung mit der Auflösung in mehreren Läden endigte, wobei von der Waffe Gebrauch gemacht wurde und 17 Personen getötet wurden.

Kaledins Selbstmord bestätigt sich. Die Petersburger Telegramm-Agentur meldet: Kaledin tötete sich im Laufe einer Sitzung der Donregion, die versuchte, die Angelegenheiten des Dongebietes zu ordnen. Nach langen Beratungen entschloß sich die Regierung, ihre Vollmachten zugunsten des Sowjets niederzulegen. Kaledin begab sich darauf in einen anderen Saal und schloß sich eine Kugel ins Herz. Zu seinem Nachfolger wurde General Wolosnow ernannt, der den Befehl zur allgemeinen Mobilisation der kassatischen und nichtkassatischen Bevölkerung zum Kampfe gegen die Truppen der Sowjets erteilte.

Wie der Temps erfährt, hat sich angeblich eine rumänische Abordnung nach Petersburg begeben, um eine Vereinbarung mit der maximalistischen Regierung zu versuchen. Als Antwort erhielt Rumänien ein Ultimatum, das am 16. Februar abgelaufen ist. Die Maximalisten verlangten von Rumänien Beharrlichkeit, freie Durchfahrt für die an der Moldau verbliebenen maximalistischen Truppen und die Auslieferung einer Anzahl Offiziere, momentlich des Generals Tscherbatschew.

## Der U-Bootkrieg.

Berlin, 20. Februar. (Amlich) Im westlichen Mittelmeer erzielten unsere U-Boote neue Erfolge gegen den italienischen Transportsverkehr. 23000 Brutto-Registertonnen feindlicher Handelsschiffraum wurde von ihnen vernichtet. Unter den versenkten Schiffen befanden sich der italienische Dampfer Harlaw mit Kohlen von Marseille nach Livorno, die bewaffneten englischen Dampfer Kenagat und Nibben, 314 Brutto-Registertonnen, Stunton, 1406 Brutto-Registertonnen, Rel'a, 4404 Brutto-Registertonnen, der englische Dampfer Abaufr, 3650 Brutto-Registertonnen, und der italienische Segler Bolotta di Rio, dieser mit Rattoffeln nach Tunis; vier von den versenkten Dampfern wurden aus ein und demselben geschritten Geleitzug, einer aus Herkürerbedeckung, herausgeschossen. Von dem bewaffneten italienischen Dampfer Harlaw und dem englischen Dampfer Abaufr wurden die Kapitäne als Gefangene eingebracht.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

## „Notleidende Industrien.“

Zu den Industrien, deren „Notlage“ von den Interressierten fortwährend laut in die Welt hinausposaunt wird, gehören die Zündholzfabriken. Tatsächlich haben die Unternehmer es auch durchgehend, daß sie auf Kosten der Konsumenten die Preise für ihre oft sehr minderwertigen Erzeugnisse ganz gewaltig in die Höhe schrauben dürfen. Wie es mit der Notlage in der Zündholzindustrie steht, beweist der Abschluß der Vereinigungen Zündholz- und Zündfahnen Union in Augsburg, einer der größten Betriebe auf diesem Gebiet in Deutschland. Die Gesellschaft verbietet 1917 nach Augsburg der geschäftlichen Sonderumlage zur Kriegsgewinnsteuer, nach reichlichen Abschreibungen und Rückstellungen einen Reingewinn von 840648 M., und ist in der Lage, die Dividende von 25 auf 30 Prozent zu erhöhen. Außerdem werden noch 468330 M. auf neue Rechnung vorgetragen.

Eine ähnliche „notleidende“ Industrie ist die Zündfahnenfabrikation. Die Preise für Zündfahnen sind im Vergleich zu den Zündhölzern erheblich gestiegen, weil die Produktionskosten außerordentlich hoch geworden sind. In Wirklichkeit können die Unternehmer nicht hoch auf ihre Rechnung, sondern sie können auch noch einen erheblichen Ertragskriegsgewinn buchen, wie aus dem Abschlußbericht für 1917 der Zündfahnen- und Zündfahnenfabrik Gillingen bei Augsburg hervorgeht. Nach reichlichen Abschreibungen und Rückstellungen verzeichnet das Werk einen Reingewinn von 747400 M., wogegen 1916 nur 666500 M. Vortrag kommen. Wie im Vorjahre, werden auch hier 30 Prozent Dividende ausgeschüttet, 1333090 M. gehen als Vortrag auf neue Rechnung.

Wie hieraus ersichtlich, kommen auch die „notleidenden“ Industrien auf ihre Rechnung. Es wäre übrigens ein unvollständiges Bild, wollten wir nicht erwähnen, daß in den beiden genannten Betrieben die Lohn- und Arbeitsverhältnisse weit unter dem ortsüblichen Durchschnitt stehen.

## Deutsches Reich.

### Ausbau des Hausarbeitsgesetzes.

Die General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands hat in Gemeinschaft mit anderen wirtschaftlichen Organisationen eine Eingabe an Bundesrat und Reichstag gerichtet, die den Ausbau des Hausarbeitsgesetzes fordert. Es wird darauf hingewiesen, daß die Heimarbeit nach dem Aktene infolge des Zustroms von Arbeitsbeschäftigten eine erhebliche Ausdehnung erfahren wird. Das Reichsgesetz 1911 beschlossene Hausarbeitsgesetz ist heute noch immer nicht in allen seinen Teilen durchgeführt. Einlangt wird insbesondere die Umwandlung der Heimarbeit in Lohnarbeit, um aber auch der drohenden Arbeitslosigkeit nach dem Krieg zu begegnen, muß eine planmäßige Verteilung der öffentlichen Aufträge, insbesondere der Kriegsaufträge, unter gleichberechtigter Konkurrenz der Heimarbeit und Arbeiter der betreffenden Betriebsbetriebe in die Wege geleitet werden. Hierbei sind die alten Sätze der Heimarbeit besonders zu berücksichtigen. Die Schaffung neuer Heimarbeit unter Vermeidung unnötiger Verluste ist in die Wege zu leiten. Als wünschenswerte Nebenbedingung ist es festzusetzen, daß obligatorische Krankenversicherung der Heimarbeit in vollem Umfang wieder einzuführen. Ebenso muß durch entsprechende Vorkehrungen, aber auch allgemein durch Gesetz, die Arbeitslosenversicherung der Heimarbeiter auf alle Hausgewerbetreibenden aus-